

Rüdiger Klasen  
Wittenburgerstr.10  
19243 Püttelkow  
Tel.: 038852-58951  
Mobil.: 0162-9027725

11.08.2014

**Generalstaatsanwaltschaft Rostock  
Patriotischer Weg 120 a  
18057 Rostock**

**Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:**

Landeshauptstadt Schwerin  
Dezernat III – Wirtschaft Bauen und Ordnung  
Bußgeldstelle- Am Packhof 2- 6  
19053 Schwerin

**Strafanzeige/ Strafantrag**

gegen die Mitarbeitern Frau **Christiane Nieklauson** und deren Auftraggeber **Herr Hans Joachim Müller, Frau Angelika Gramkow** von der

**Landeshauptstadt Schwerin  
Dezernat III – Wirtschaft Bauen und Ordnung  
Bußgeldstelle- Am Packhof 2- 6  
19053 Schwerin**

Erweiterung/ Ergänzung/ Korrektur zum Strafantrag und Strafanzeige vom 08.07.2014 wegen Verweigerung rechtliches Gehör Art. 103 Abs. 1 GG für meine Person, Nötigung § 240 StGB, § 241 StGB Bedrohung, § 253 StGB Erpressung, § 270 StGB Täuschung im Rechtsverkehr, Vortäuschung falscher Tatsachen - Betrug § 263 StGB, illegal verbotene Anwendung nationalsozialistischer Gesetze und nationalsozialistischen Rechts - Verstoß SHAEF- Gesetz 1 Absatz III und Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland - Verstoß gegen EU- Charta, Verstoß gegen Das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit“ vom 6. XI. 1997, Verstoß gegen Artikel 54 CRCH - Verbot des Mißbrauch der Rechte, Untätigkeit, Unterlassung, organisierter Unverantwortlichkeit und grobe Verletzung der Dienstpflicht, Verletzung der Auskunftspflicht- keine bürgernahe Auskünfte, gesamt Grundrechteverletzung Artikel 1- 19 GG + Landesverfassung MV Artikel 5 und aller weiteren in Frage kommender Straftaten gegenüber meiner Person. Strafantrag/ Strafanzeige gemäß § 258 StGB, § 258a StGB, § 240 StGB, § 241 StGB.

Betrifft: Schreiben der Mitarbeitern Frau **Christiane Nieklauson** und deren Auftraggeber **Herr Hans Joachim Müller, Frau Angelika Gramkow** \*Schriftliche Verwarnung mit Verwargeld/ Anhörung\* vom 25.03.2014 mit Unterstellung \*Ordnungswidrigkeit\*  
Schreiben von Herr Hans Joachim Müller vom 05.08.2014

Sehr geehrte Damen und Herren.

Auf Grund in seinen Schreiben vom 05.08.2014 von Herr Müller getätigten falschen Behauptungen, Vortäuschung falscher Tatsachen erhebe und bekräftige ich o. g. Strafanzeige und Strafantrag gegen die Mitarbeitern Frau **Christiane Nieklauson** und deren Auftraggeber Herr Hans Joachim Müller, Frau Angelika Gramkow von der Firmenbehörde **Landeshauptstadt Schwerin** aus folgenden schwerwiegenden Gründen:

Auf Grund permanent fortgeführter Täuschung im Rechtsverkehr und Behauptung falscher Tatsachen wird ergänzt: Herr Hans Joachim Müller hat mir ein weiteres Schreiben zugeschickt, in welchen er mir unterstellt ich hätte Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt obwohl ich eindeutig im Schreiben vom 08.07.2014 geschrieben habe - Zitat: *\*Die Landeshauptstadt Schwerin muss nötigenfalls selbst einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung zu stellen, wenn Sie sich nicht mehr in Lage sieht Ihre behördlichen Dienstpflicht und Verwaltungsarbeit korrekt nachzukommen.\**  
Es wird also weiter Täuschung im Rechtsverkehr seitens der genannten Mitarbeiter von der privatisierten, staatlosen Behörde \*Landeshauptstadt Schwerin\* vollzogen.

Weiter kann das als befangen festgestellte Amtsgericht Schwerin nicht die betr. Vorhalte klären, weil das Amtsgericht Schwerin und dessen Personal selbst von einen Großteil des Anzeigehaltes betroffen ist. Es ist also auf der Bundesebene zu klären, wenn die Landeshauptstadt Schwerin es ausdrücklich beantragt. Da bereits massive und schwerwiegende Straftatbestände vorliegen und von mir mit Schreiben vom 08.07.2014 strafangezeigt worden sind, sind die in diesen Schriftsatz aufgeführten Organe wie auch das BKA durch die Generalstaatsanwaltschaft Rostock einzuschalten/ anzurufen.

**Zu 1 Zuerst wird festgestellt:**

**Auf Grund der im ZDF (ZDF.info) veröffentlichten internen Dienstschulung des BRD Inlandsgemeindienstes \*Verfassungsschutz\***

**Titel: Der Staat bin Ich – Sendung**

<http://www.candoberlin.de/neues/>

**Filmtitel: „Der Staat bin Ich! Wenn Menschen ihrem Land kündigen“**

**Und Filmtitel „Der Staat bin Ich - Eine Bewegung gegen den deutschen Staat“**

Quellverweise lau Anlage:

<http://www.candoberlin.de/neues/>

<http://www.zdf.de/zdfinfo/der-staat-bin-ich-eine-bewegung-gegen-den-deutschen-statt-33027054.html>

**(Verweis Strafanzeige/ Strafantrag vom 18.05.2014 u.a. an die Staatsanwaltschaft Potsdam und weiteren Dienststellen auf Landes- und Bundesebene)**

worin pauschalisiert alle Beschwerde führenden Bürger als Wahnkrank, Rechtsterroristen und Reichsbürger verunglimpft und verleumdet werden; sehe ich mich zu folgender Klarstellung bzgl. meiner Person veranlasst:

**Persönliche Erklärung:**

Ich bin weder ein Reichsbürger noch bin ich in irgendeiner Art und Weise (rechts-links)extremistisch gewaltbereit, militant - gefährlich. Das Gegenteil ist bei mir der Fall: Ich trete grundsätzlich mit friedlich- rechtstaatlichen Mitteln in für die Allgemeinheit aufopfernd ehrenamtlicher Arbeit für den Frieden ein.

Desweiteren vertrete ich keinerlei Ideologien, Religionen, Theorien und Rechtsauffassungen. Ich stelle auch nicht die Existenz der Bundesrepublik Deutschland in Frage, sondern kritisiere lediglich die bis heute offenkundigen, nicht geklärten und nicht abgestellten staatsrechtlichen Legitimationsmängel.

Das betrifft auch diesen angezeigten Vorgang.

Ich handel ausschließlich korrekt nur nach den uns vorgegebenen gesetzlichen Rechtsgrundlagen. Dazu beziehe ich mich ausschließlich nur auf die offenkundigen Tatsachen.

Ich vertrete und verteidige das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die vom Grundgesetz gegenwärtig überlagerte Weimarer Reichsverfassung von 1919. (WRV) Ich stehe zur, beziehe mich und verteidige die verfassungsmäßige Grundordnung, das Völker- und das Menschenrecht in Deutschland.

Diese höchsten Rechtsnormen sind in der Bundesrepublik Deutschland nun auch durch diesen angezeigten Vorgang gebrochen und verlangen umgehende Aufklärung und Abhilfe.

**Allgemein besteht heute der offenkundige Verdacht der Befangenheit aller BRD- Behörden durch politisch rechtsideologisch motivierte Schulungen /Weisungen des Verfassungsschutzes.**

**Alle Behörden können durch die aufgeführte geheimdienstliche Tätigkeit des BRD- Inlandsgeheimdienst \*Verfassungsschutz\* POTENZIELL infiltriert und befangen sein!**

Es besteht daher leider auch der begründete Verdacht der Befangenheit auch Ihrer Behörde durch diesen alarmierenden Straftatbestandkomplex des BRD- Inlandsgeheimdienstes „Verfassungsschutz“ und der eingebetteten Kriminalpsychologen und Bediensteten.

In diesen Zusammenhang ist mittels einer mir zuzureichenden EIDESSTAATLICHEN VERSICHERUNG\* klarzustellen, dass Ihre Behörde KEINE derartigen Dienstschulungen bzw. Weisungen/ Ratschläge/ Vorgaben u .ä. Maßgaben des BRD- Inlandsgemeindienstes \*Verfassungsschutz\* erhalten hat.

Das ist auf Grund des aufgeführten auffälligen ignoranten Fehlverhaltens seitens des **Landeshauptstadt Schwerin** und seiner Angestellten zu prüfen. **Christiane Nieklauson** hat auch dazu keine Stellung genommen.

Vorsorglich wird auch hier auf § 258a StGB Strafvereitelung im Amt und § 257 StGB Begünstigung hingewiesen und hiermit gleichzeitig auch strafangezeigt.

**Zu 2 Festgestellt wird:**

**Wenn Behörden der Bundesrepublik Deutschland wie in diesen Fall die Behörde **Landeshauptstadt Schwerin** Staatenlos sind (Personall!), illegal verbotenes NS- Recht anwenden und privatisierte Firmen sind, stellt das eine Verletzung geltenden Rechts dar. Täuschung im Rechtsverkehr, illegal verbotene Anwendung nationalsozialistischer Gesetze und nationalsozialistischen Rechts (Verstoß SHAEF Gesetz 1 Absatz III und Artikel 139 GG), Verstoß gegen EU- Charta, Verstoß gegen die Grundrechte.**

**Das von mir fruchtlos beantragte Prüfungsverfahren nach dem Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit“ vom 6. XI. 1997 steht dazu im unmittelbaren Zusammenhang, weil es zur behördlichen**

Klärung des staatenlos- Status der betroffenen Firmenbehörde Landeshauptstadt Schwerin dient. Wenn ich staatenlos bin, ist es jeder andere Personalangehörige der BRD auch. Somit haben wir ein zu heilendes Staatsproblem der BRD.

Alle meine umfangreich vorgetragenen Beschwerdeinhalte dazu wurden in Gänze komplett seitens der Firma Landeshauptstadt Schwerin ignoriert und nicht rechtlich ausreichend gewürdigt, was in diesen gesamten Zusammenhang den Straftatbestand § 258a StGB Strafvorteilung im Amt und § 257 StGB Begünstigung erfüllt.

Dazu Verstoß gegen Artikel 54 CRCH - Verbot des Mißbrauch der Rechte, Untätigkeit, Unterlassung, organisierter Unverantwortlichkeit und grobe Verletzung der Dienstpflicht, Verletzung der Auskunftspflicht- keine bürgernahe Auskünfte – gesamt Grundrechteverletzung Artikel 1- 19 GG + Landesverfassung MV Artikel 5 und aller weiteren in Frage kommender Straftaten gegenüber meiner Person,

Es geht um die Legitimation der illegal privatisierten staatenlosen Behörde Landeshauptstadt Schwerin und dessen staatenlosen Personal überhaupt OWI- Gelder zu erheben. Es geht dabei um den OWIG übergeordneten Recht wie das Grundgesetz als höchste Rechtsnorm für die Bundesrepublik Deutschland, laut Artikel 139 GG gültiges SHAEF und SMAD.

Das muß im OWI Verfahren entsprechend vorrangig abgeklärt werden. Bis heute wurde keinerlei Ermittlungen aufgenommen– geschweige denn notwendige Abhilfe in Aussicht gestellt.

### Zu 3 Festgestellt wird:

§ 270 StGB Täuschung im Rechtsverkehr, illegal verbotene Anwendung nationalsozialistischer Gesetze und nationalsozialistischen Rechts (Verstoß SHAEF Gesetz 1 Absatz III und Artikel 139 GG) : Dazu betreibt die Landeshauptstadt Schwerin ihre Aktionen dazu in der offenkundigen Staatenlosigkeit der BRD und täuschend illegale Weiterführung der verbotenen NS- Gleichschaltungskolonie des 3. Reiches durch den Rechtsnachfolger des 3. Reiches von Adolf Hitler- die Bundesrepublik Deutschland. Damit strafbarer Verstoß gegen das Grundgesetz als höchste Rechtsnorm für die Bundesrepublik Deutschland, laut Artikel 139 GG gültiges SHAEF und SMAD. Darüber hinaus liegt ebenfalls Verstoß gegen das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. XI. 1997 vor.

### Komplexe Erläuterung zum besseren Verständnis:

Die Bundesrepublik Deutschland führt bis heute die Nazi-Kolonie des 3. Reiches von Adolf Hitler ungehindert weiter. (R = STAG: unmittelbare Reichsangehörigkeit = Deutsche Staatsangehörigkeit = Kolonieangehörigkeit aus den ehem. Deutschen Schutzgebieten- Verweis Zeitzeugen- Staatsrechtler wie Dr. jur. Herbert Hauschild, Hermann Weck, Dr. Walter Schätzel, Dr. Bernhard Lösener, G. Zeidler)

Die NS- Gleichschaltungskolonie \*Bundesrepublik Deutschland\* überlagert bis heute den deutschen Heimatstaat \*Deutschland\*.

Die Verordnung vom 05.02.1934 über die deutsche Staatsangehörigkeit ist mit der militärischen Kapitulation des 3. Reiches nicht ersatzlos untergegangen.

Auch die NS- Glaubhaftmachung \*DEUTSCH\* von Adolf Hitler wurde 1945 im verbliebenden deutschen Staatsgebiet NICHT beseitigt und wird bis heute in Deutschland angewendet.

(sprachliche Einführung der deutschen Staatsangehörigkeit im Gesetz Wiederruf von Einbürgerungen und Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit RGL 28. Juli 1933, Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit RGL 05.2.1934, Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1, Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14.Juli 1945, Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959, Ausweisdokumente der BRD mit der deutschen Staatsangehörigkeit und deren Glaubhaftmachung DEUTSCH\* von 1934)

Der Artikel 116 GG verstößt gegen Artikel 139 GG.

Nach dem Waffenstillstand 1945 wurde ab 1949 die geistige Besetzung angewendet.

Nazi- Gesetze und die deutsche Zwangs- Staatsangehörigkeit vom 5.02.1934 sind durch geistige Okkupation im Verborgenen geblieben.

Durch heimtückische Falschinformationen und täuschende Anwendung von Nazi - Gesetzen hat sich dieser Zustand in den Köpfen der Menschen bis heute normalisiert.

Die deutschen Bundesbürger glauben durch die NS- Glaubhaftmachung "DEUTSCH" von 1934 an die deutsche Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934.

Es liegt damit seitens, der beklagten privaten Behörde **Landeshauptstadt Schwerin c/o. Mitarbeitern Christiane Nieklaussen und deren Auftraggeber Herr Hans Joachim Müller, Frau Angelika Gramkow und allen im Verfahren involvierten Personenkreise\*** offenkundig Verstoß gegen SHAEF- Gesetz 1 Absatz III und Artikel 139 GG vor:

**Alle NS- Gleichschaltungsgesetze und Gesetze wurden durch die Alliierten mit SHAEF Gesetz Nr. 1 Artikel III strafbewehrt verboten und aufgehoben.**

***\*...Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten....“***

#### **Der geheime Staatsstreich**

Am 8.12.2010 sind mit einem geheimen Staatsstreich der Bundesrepublik Deutschland, die auch eine Urkundenfälschung (Datumfälschung zur Täuschung: 05.02.1934 auf dem 22.07.1913) im Staatsangehörigkeitsgesetz beinhaltet. Am 08.12.2010 wurde die unmittelbare Reichsangehörigkeit (= unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit) beseitigt. 1934 R=STAG / 1934 R = STAG 1913 (2010) (Verweis Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913) BGBl. I S. 1864 08.12.2010 Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959)

Durch diesen Vorgang wurde jeder Bundesbürger mit der deutschen Staatsangehörigkeit und der NS- Glaubhaftmachung \*DEUTSCH\* seit dem 08.12.2010 staatenlos und durch die unmittelbare Unionsbürgerschaft doppelt staatenlos!

(Verweis unmittelbare Unionsangehörigkeit = Welt - Bürgerschaft – Der Unionsbürger v. Christoph Schönberger)

Der Artikel 16 GG wurde am 08.12.2010 durch täuschen beseitigt.

Die BRD vollzog diesen geheimen Staatsstreich und hält die beseitigte deutsche Staatsangehörigkeit v. 1934 durch die NS- Glaubhaftmachung \*DEUTSCH\* v. 1934 künstlich am Leben.

Durch die Streichung der Reichsangehörigkeit im deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz (STAG) wurde das bundesdeutsche Personal STAATLOS gemacht. Das ab 1934 von Adolf Hitler gleichgeschaltete \*DEUTSCHE VOLK\* wurde vollständig entrechtet und entmachtet. (Status Vogelfrei)

Die BRD vollzog diesen geheimen Staatsstreich und hält die beseitigte deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 durch die NS- Glaubhaftmachung \*DEUTSCH\* von 1934 künstlich am Leben. Die Bundesrepublik Deutschland und alle Ihre Organe haben durch Staatlosigkeit ihre Legitimation verloren und sind juristisch GESCHÄFTSUNFÄHIG. Alle nationalen und internationalen Verträge, die mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossen worden sind, sind dadurch gebrochen und nichtig.

Dieser Zustand wird auch aufgrund bereits wiederholter Beschlüsse zur Staatenlosigkeit von BRD- Gerichten untermauert.

Verweis auf die Ihrer Behörde vorliegenden aktuellen Staatenlos- Beschlüsse:

K1 Amtsgericht Goslar

K2 Amtsgericht Langen (Hessen)

K3 Amtsgericht Vechta

#### **Zu 4 Festgestellt wird:**

**Aufgrund der bereits wiederholt gerichtlich festgestellter rechtsoffenkundiger STAATLOSIGKEIT der Bundesrepublik Deutschland und nachfolgender Verfahrenseinstellungen muß die Legitimation der privatisierten Behörde **Landeshauptstadt Schwerin** und deren Tat ausführenden Bediensteten ernsthaft angezweifelt werden.**

Dazu kommt das die privatisierte Behörde **Landeshauptstadt Schwerin** sich nicht an die Voraussetzungen nach dem BGB bzgl. eines staatlichen Amtes erfüllt.

Auszug: UPIC liegt der Akte vor.

Privatisierte Behörde: U. a. fehlende Unterschriften auf vorgeblich amtliche Schreiben der Behörde, fehlende Amtsbezeichnungen, Amtsausweise, amtliche Stempel und Siegel.  
Aus genannten Gründen wird hiermit Täuschung im Rechtsverkehr angezeigt. (Verweis Bereinigungsgesetz)

Es wurde auch hier erfolglos Beweislastumkehr gefordert. Bis heute wurde seitens der zuständigen Behörde **Landeshauptstadt Schwerin** gleichlautende vorrangigere Beweislastumkehr- Forderungen in parallelen Vorgängen NICHT nachgekommen.

**Zu 5 Festgestellt wird:**

**Verstoß gegen die EU- Charta, Verstoß gegen *Das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit* vom 6. XI. 1997 durch Ignoranz der geforderten Staatsangehörigkeitsprüfung dem „Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit“ vom 6. XI. 1997:**

Die bei der zuständigen BRD- Behörde \* **Landeshauptstadt Schwerin** \* beantragte und mehrfach erinnerte Staatsangehörigkeitsprüfung nach dem Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. XI. 1997 wurde ebenfalls bis heute hartnäckig ignoriert und die notwendige Einschaltung der mit zust. Staatsangehörigkeitsbehörde des Großkreises Ludwigslust- Parchim unterlassen.

Damit wurde diese gesetzliche EU- Norm durch die betr. zuständige Behörde verletzt.

Es liegt offener Gesetzesverstoß gegen die Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. XI. 1997 vor.

Dieses Recht- und sittenwidriges Verhalten zieht ferner der Bruch dieses EU- Vertrages nach sich, was hiermit unter entsprechender Beschwerde bei Ihnen von mir angezeigt wird.

**Die dazu notwendige Staatsangehörigkeitsprüfung nach dem Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. XI. 1997 wurde fruchtlos von der zust. Behörde **Landeshauptstadt Schwerin** zum wiederholten Mal von mir eingefordert!**

Es liegt seitens der privaten Behörde **Landeshauptstadt Schwerin c/o. Mitarbeitern Christiane Nieklausson und deren** Auftraggeber Herr Hans Joachim Müller, Frau Angelika Gramkow Täuschung im Rechtsverkehr § 270 StGB vor, was hiermit straf angezeigt wird.

Durch das bisherige Fehlverhalten der Behörde begründet liegt außerdem zu heilende **Grundrechteverletzung** gegenüber meiner Person vor. Verweis Grundrechte- Artikel 1- 19 GG und Artikel 5 – Schutz der Menschenrechte- der Landesverfassung vom Mecklenburg- Vorpommern.

**Zu 6 Festgestellt wird:**

**Grundrechteverletzung durch Verweigerung rechtliches Gehör Art. 103 Abs. 1 GG und § 270 StGB Täuschung im Rechtsverkehr:**

**Kombination permanent fortgeführter strafbewehrte Rechtsverstöße und Grundrechteverletzung seitens des privatisierten Behörde/ Firma **Landeshauptstadt Schwerin** gegenüber meiner nat. Person: Verstoß gegen die EU- Charta, Verstoß gegen Artikel 54 CRCH - Verbot des Mißbrauch der Rechte und weitere:**

Die nicht unterzeichneten, computeranimierten Standard- Schreiben zeigen an das der \* **Landeshauptstadt Schwerin**\* sich AUCH nicht an das BGB, Das Grundgesetz als höchste Rechtsnorm für die Bundesrepublik Deutschland und die übergeordneten EU Recht/ EU- Norm und die mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen EU- Verträge hält. Das bisherige Fehlverhalten der betroffenen Behörde wird hiermit unter Beschwerde bemängelt. Desweiteren erkenne ich das in der Verwaltung der \* **Landeshauptstadt Schwerin**\* offenbar erhebliche Mängel bzgl. einer ordnungsgemäßen Verwaltung bestehen. Auf letztere hab ich als Mensch einen grundgesetzlichen bürgerlichen Anspruch.

Das EU- Verwaltungsrecht schreibt dies den BRD- Verwaltungen ebenfalls rechtsverbindlich vor!

Ich weise darauf hin das ich nach Artikel 41– 1, 2 a b c und 3- 4 der EU Charta das Recht und Sie die Verpflichtung haben mir eine dezidiert korrekt klärende Antwort zu geben und eine ordnungsgemäße, gute Verwaltung sicherzustellen, was seitens vom Landkreis Lüneburg NICHT erfolgt ist.

Artikel 41 – 1, 2 a b c und 3- 4 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union - CRCH und den Europäische Kodex für eine gute Verwaltungspraxis schreiben den BRD- Behörden das übergeordnete Recht rechtsverbindlich vor.

Dazu liegt Verstoß gegen Artikel 54 CRCH - Verbot des Mißbrauch der Rechte (betrifft Ausübung der hoheitlichen Macht durch die BRD- Behörde!) vor. Damit greifen Artikel 6 CRCH – Recht auf Freiheit und Sicherheit und Artikel 53 CRCH - Schutzniveau.

**Vorsorglich sei hingewiesen: In diesen Vorgängen unter den o.g. AZ steckt offenkundig reine Behördenwillkür und Machtmißbrauch seitens der Firmenbehörde **Landeshauptstadt Schwerin – Mitarbeiterin Frau Christiane Nieklauson**, Herr Hans Joachim Müller und deren Auftraggeberin Frau Angelika Gramkow.**

**Wie oben bereits angeführt: Auf Grund offenkundigen Verstoß gegen gültiges alliiertes SHAEF und SMAD, illegalen heimtückischen Privatisierung der BRD- Justiz, der in Staatlosigkeit der BRD vortäuschende Besitz der \*Deutschen Staatsangehörigkeit\* von 1934 - Adolf Hitler, der NS- Glaubhaftmachung \*DEUTSCH\* von 1934 - Adolf Hitler auf den BRD Ausweisen und damit der offenkundigen Befangenheit der Landes- Justizbehörden von Mecklenburg- Vorpommern ist das betr. Verfahren zwecks Klärung umgehend an die zuständige alliierte Hohe Hand auf dem Dienstweg/ Amtsweg abzugeben, und zur Klärung die Einrichtung eines Besatzungsgerichtes / Militärgerichtes zu beantragen. (Verweis GG139)  
Das gilt auch zur Klärung der Straftatbestände weil diese Tatbestände das voll gültige SHAEF/ SMAD berühren und die Justiz von Mecklenburg- Vorpommern ebenfalls durch die einzelnen, angezeigten Punkte befangen und betroffen ist.**

**Weil durch mich angezeigt und nachgewiesen offenkundig eine erhebliche Störung der freiheitlich demokratischen Grundordnung, Verstöße gegen das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung WRV 1919, sowie ein komplexer Angriff seitens angezeigter Personenkreise und genannte Einrichtungen auf die rechtstaatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland vorliegt, ist das zuständige Bundesverfassungsgericht als oberste Hüterin des Grundgesetzes in das Verfahren einzubinden und auch durch Ihre Behörde einzubinden. Das betrifft alle zuständigen Dienststellen – auch die Organe der Hohen Hand laut u. g. Verteiler.**

**Zur Beweisfindung wird beantragt und gefordert: Zeugnis von Amtswegen durch in Augenscheinnahme BGBL I II und III. Dazu aller betr. u.a. in diesen Schriftsatz aufgeführten Gesetze und Rechtsgrundlagen!**

**Allen Anträgen und Forderungen ist auch gemäß VOLL GÜLTIGEN SHEAF – SMAD - Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland durch die betreffenden Justizorgane nachzukommen.**

**Es wird auch seitens der zuständigen Staatsanwaltschaft en die umfassende Ermittlung und Aufklärung sowie die strafrechtliche Verfolgung der offenkundigen Straftaten und aller betreffenden, auch im Schriftsatz genannten Straftäter beantragt und gefordert. Die geforderten notwendigen Maßnahmen sind durch das Gericht einzuleiten und alle zuständigen Behörden auf dem Dienstweg einzuschalten.**

**Ich bitte um Eingangsbestätigung mit Aktenzeichen der Generalstaatsanwaltschaft Rostock.**

Gemäß § 63 BBG tragen alle Beteiligten in der Bundesrepublik Deutschland für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.

Bitte geben Sie bei Ihren künftigen Schreiben unbedingt den Vor- und Zunamen des Verfassers an, damit ich bei einem eventuellen Durchgriff gemäß § 823 BGB respektive 839 BGB nicht gehindert bin.

Es besteht öffentliches Interesse im gesamten Vorgang.

Vorsorglich wird daher auf § 258a StGB Strafvereitelung im Amt und § 257 StGB Begünstigung hingewiesen und hiermit gleichzeitig auch strafangezeigt.

Allgemeiner Hinweis bzgl. Dienstwegüberschlag wegen offenkundiger Befangenheit der Staatsanwaltschaft Schwerin speziell Herr Staatsanwalt Seifert.

**Da ich mich auf zwecks Einrichtung der notwendiger SHAEF- Gerichtsbarkeit auf ehrenamtlicher, gemeinnütziger Dienstreise zur zuständigen alliierten Hohen Hand nach Moskau etc. befinde, ist der Schriftwechsel bis zum 13.10.2014 auszusetzen.**

Bitte das bei allen meinen zukünftigen Schreiben zu beachten.

Bei Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Klasen

**Beweis- Anlagen liegen der Akte vor:**

Kopie Kostenbescheid der Firmenbehörde Landeshauptstadt Schwerin – Mitarbeiterin Frau Christiane Nieklauson Schreiben von Herr Hans Joachim Müller vom 05.08.2014, meine bisherigen Schriftsätze an die Landeshauptstadt Schwerin vom 16.04.2014 und 08.07.2014.

**UPIC.de Auszug zur Firma Landeshauptstadt Schwerin**

**UPIC.de Auszug zur Firma Landesregierung Mecklenburg- Vorpommern**

**ZEUGEN:**

Herr Helmut Buschujew  
PF 1128  
19281 Ludwigslust

**Verteiler:**

**Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:**

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz  
Mohrenstraße 37  
10117 Berlin

**Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:**

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof  
Herr Harald Range  
Brauerstraße 30  
76135 Karlsruhe

**Gemäß gültigen SHAEF SMAD = Artikel 139 Grundgesetz pflichtgemäß an die zuständige alliierte Hohe Hand:**

**Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:**

Botschaft der Russischen Föderation  
Vladimir Grinin  
Unter den Linden 63 – 65  
10117 Berlin

**Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:**

Generalstaatsanwalt der russischen Föderation  
Haupt Militär Staatsanwalt  
per. Holsunowa 14  
119160 Moskau  
Russische Föderation

**Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:**

Außenministerium der Russischen Föderation  
Ploschad Smolenskaja Sennaja 32/34  
12002 Moskau  
Russische Föderation